

Hochspannungsgegner: „Wahres Gesicht gezeigt“

Nach dem Info- und Diskussionsabend mit der E.ON AG vergangene Woche im Hotel „Gut Altona“

ALTONA/LANDKREIS • Was sich in der Anhörung im Landtag nach einem möglichen Einlenken der E.ON anbot, doch noch eine Erdverlegung in Erwägung zu ziehen, habe sich in Gut Altona (Dötlingen) vergangene Woche als „absoluter Flop“ erwiesen, so die Interessengemeinschaft (IG) „Vorsicht Hochspannung“.

An einem internen Gespräch mit führenden E.ON-Mitarbeitern nahmen die Bürgermeister der betroffenen Gemeinden, Kommunalpolitiker sowie Landtagsabgeordnete und die IG teil.

„E.ON hat zwar über das Bundes-Umweltministerium (BMU) einen Antrag bei der

EU auf Fördermittel gestellt, aber nur für die Trasse als solche, nicht für eine Erdverlegung. Falls die EU diesem Projekt zustimmt, was das BMU bereits getan hat, kann das bedeuten, dass E.ON EU-Fördergeld für eine Freileitung bekommt. Hier kommt ganz klar der Wille der E.ON AG ins Tageslicht. Man möchte, dass dieser Leitung Vorrang eingeräumt wird, um das Verfahren schneller verwirklichen zu können. Auch gegen den Willen der Politik der kommunalen Spitzenverbände und der Bevölkerung“, führten Frank Windhorst und Jens Kammann von der IG aus.

Die IG ziehe daraus den

Schluss, dass man mehr darauf achten müsse, was E.ON nicht sage als auf das, was sie sage.

Hier habe man auch mit den Landtagsabgeordneten im Zuge der Anhörung ein falsches Spiel gespielt: „Der Zusammenhang, in dem Dr. Schneller die Fördergelder anführte, ließ für sämtliche Zuhörer keinen anderen Schluss zu, als dass E.ON Fördergelder für eine Stromleitung mit neuer umwelt-schonender Technik beantragt hat.“

Der Versuch am Dienstag, in Form von Stammtischgespräch und mit Pseudobereitschaft zur Erdverlegung, wenn ein anderer zahlt und

mit vorgeheucheltm Verständnis für die Belange der Bürger ist völlig fehlgeschlagen. Ziel dieser Veranstaltung war ein Ausloten der Ernsthaftigkeit des Widerstandes und ein Abklopfen von Beeinflussungsmöglichkeiten.“

Zum konkreten Stand des Verfahrens berichtete der für diese Leitung zuständige Projektleiter Horst Schäfer. Mittlerweile liegen dem Antragsteller ebenfalls die Stellungnahmen vor. Er ließ wissen, dass es sich aus der Sicht der E.ON bei den 1500 Einwänden größtenteils um Beeinträchtigungen mit geringfügiger Wertigkeit handelt, wie z.B. Gesundheit

und der Forderung nach einer Erdverlegung.

„Die Bevölkerung wird nicht ernst genommen, zu dem Schluss konnte man nur kommen, wenn man den Ausführungen von Horst Schäfer folge.“

Es war dem erfahrenen Leitungsbauer auch nicht bewusst, dass alle Bürger im laufendem Raumordnungsverfahren ein Recht haben Einwendungen zu formulieren, um damit ihren persönlichen Unmut zu dem Vorhaben zu dokumentieren. Nach seiner Meinung sollte sich die Einwandmöglichkeit auf Träger öffentlicher Belange beschränken“, meinten die IG-Sprecher.